



Keupers

kritischer

Kommentar

04-01-2017

April 2017

## **USA fordern mehr finanzielles Engagement für Verteidigung.**

Die USA fordern von Deutschland und anderen europäischen Mitgliedsstaaten der NATO ihre Finanzaufwendungen für Verteidigung drastisch zu erhöhen. Auf, wie 2014 beim NATO Gipfel in Wales vereinbart, etwa 2 Prozent des jährlichen Bruttoinlandproduktes. Diese vom neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump nun drastisch erhobene Forderung einer Anhebung der Verteidigungsausgaben, wurde schon von seinem Amtsvorgänger Barack Obama seit Jahren, jedoch in diplomatischerer Form, bei den europäischen Bündnispartnern wiederholt angemahnt. Hintergrund sind die immensen Militärausgaben der USA, die gemindert werden sollen, da diese hohen Kosten das Land der unbegrenzten Möglichkeiten auf die Dauer überfordern zu scheinen und zur Vernachlässigung innenpolitisch erforderlicher Investitionen führen. Um das gemeinsame Verteidigungsbündnis jedoch nach Meinung der amerikanischen Seite funktionsfähig zu halten, sollen die amerikanischen Einsparungen im Verteidigungshaushalt durch Mehraufwendungen der europäischen Bündnispartner kompensiert werden.

Doch sind 2 Prozent der jährlich erwirtschafteten Wirtschaftskraft für ein Land wie Deutschland, eines der führenden Wirtschaftsnationen der Welt verkraftbar? Denn dies sind in etwa 20 bis 22 Prozent des jährlichen Finanzbudgets der Bundesrepublik, quasi eine Verdoppelung des bisherigen Ansatzes. Wo sollen diese benötigten Finanzmittel herkommen, wenn das Ziel von Schäubles „Schwarzer Null“ beibehalten werden soll?

Darum ging Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) bei den Ministertreffen der NATO vor einigen Tagen in Brüssel politisch schlüssig auf Konfrontationskurs zur USA, in dem er betonte, dass die Bundesrepublik ihre Verteidigungsausgaben nicht so stark erhöhen wird, wie es von einigen Partnern des NATO-Verteidigungsbündnisses gefordert würde. „Ich halte es für völlig unrealistisch zu glauben, dass Deutschland einen Militärhaushalt von über 70 Milliarden Euro pro Jahr erreicht“, so der SPD-Politiker und betonte weiter: „Ich kenne auch keinen Politiker in Deutschland der glaubt, dass das in unserem Lande erreichbar oder auch nur wünschenswert wäre.“

Neben unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), die allein wegen der akuten Ausrüstungsmängel bei den deutschen Streitkräften, eine Erhöhung des Wehretats für dringend erforderlich hält, hat nur noch unserer aller Kanzlerin, Angela Merkel (CDU), am 03. Oktober betont, ohne sich bei der Höhe festzulegen, dass eine Erhöhung der Ausgaben für die Verteidigung dringend nötig sei. Sie will in der nächsten Wahlperiode den Verteidigungsetat kontinuierlich erhöhen. „Es ist unstrittig, dass wir unsere Verteidigungsausgaben erhöhen müssen. Die Bundesregierung habe sich auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales verpflichtet, bis 2024 in Richtung von zwei Prozent der Bruttoinlandproduktes zu gehen“, -- also etwas mehr als das Doppelte des jetzigen Ansatzes!

### **Wegen Wehretat die Steuern erhöhen?**

Doch von wo sollte diese Aufbringung der erhöhten Kosten herkommen, welche anderen Ausgabenpositionen will Frau Angela Merkel kürzen, wenn das erklärte Ziel der schwarzen Null Bestand haben soll? Oder sollen, respektive müssen die Steuern erhöht werden, obgleich gemäß den Vorstellungen der CDU, nach der Wahl die Einkommensteuerbelastungen für die arbeitende Mittelschicht um 15 Milliarden, nach denen der FDP sogar um 30 Milliarden gemindert werden sollen? Dann bleibt ja nur noch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer übrig!

Auch die von den Politikern der CDU vor der Wahl angekündigten Mehrausgaben für Bildung und Infrastruktur wird, bei so einer im Endresultat überdimensionalen Erhöhung des Wehretats auf über 20 bis zu 25 Prozent des Gesamthaushalts, wohl auf der Strecke bleiben. Oder dann doch lieber im Bereich Soziales und bei der Rente den Rotstift ansetzen? Wir werden es nach der Wahl erfahren!

Realistischer sehen es da wohl die SPD-Politiker: „Wir Deutschen geben derzeit sehr viel Geld dafür aus Flüchtlinge aufzunehmen, die deswegen zu uns kommen, weil Militärinterventionen, besonders die der USA und ihrer Verbündete fehlgeschlagen sind und es keine Vorstellungen zur Stabilisierung dieser Regionen danach gegeben hat. Man sollte sich nicht nur auf Militärausgaben konzentrieren, sondern auch die Folgekosten im Auge behalten.“

### **Mehr Geld für den Wehretat, dann auch mehr Geld für Entwicklungshilfe!**

Wenn wir Kriege und Terror in Zukunft vermeiden wollen, wenn wieder mehr Frieden, Sicherheit und demokratische Freiheit in der Welt herrschen sollen, müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen, um Elend, Armut, Hunger und Unmenschlichkeit zu bekämpfen. Wir geben bisher 34,3 Milliarden für unsere Verteidigung aus, aber nur 7,3 Milliarden für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das sind gerade mal 0,24 Prozent unserer Wirtschaftskraft, dazu kommen noch 104 Millionen für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und in diesem Jahr noch 100 Millionen an die Welthungerhilfe der UNO für Äthiopien, Somalia, den Sudan und anderen Staaten Afrikas, wo Millionen Menschen zu verhungern, zu verdursten drohen. Also zusammen 7,9 Milliarden Euro für all die notleidenden und unterentwickelten Staaten auf der Welt. Das sind in etwa ein Zehntel dessen, was wir zukünftig für unsere Verteidigung gegenüber äußerer Bedrohungen durch andere Staaten ausgeben wollen.

Doch es sollte uns bewusst sein, dass die Problematik in den armen und unterentwickelten Ländern, die Not und Perspektivlosigkeit der dort lebenden Menschen zu einem ernst zunehmenden Sicherheitsrisiko unserer Gesellschaftsordnung, unserer Lebensgemeinschaft und unseres demokratischen Staates werden könnte, sei es durch die Radikalisierung dieser Menschen, die ja nichts mehr zu verlieren haben, sei es durch eine Art Völkerwanderung in die Länder und Regionen in denen für diese Menschen unvorstellbarer Wohlstand und Überfluss herrscht. Durch solche teilweise schon vorhersehbare Entwicklungen können kleinkriegerische Situationen entstehen, die die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger viel eher in Frage stellen, als eine sehr unwahrscheinliche kriegerische Konfrontation von Staaten oder Großmächten im europäischen Raum.

Daher sollten wir Sozialdemokraten unseren amerikanischen Freunden klar machen, dass nicht unbedingt eine Erhöhung des Wehretats der Weisheit letzter Schluss sein sollte, sondern dass eine Reduzierung der sozialen Ungleichheiten in der Welt, das Hauptziel einer erfolgreichen Sicherheitspolitik ist, dass nicht mehr Panzer, sondern mehr Solidarität mit den armen Menschen in der Welt, Sicherheit und Frieden gewährleisten.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 09. April 2017

Heinrich Keuper